

Tunesien

Ergebnis Status-Index (Demokratie: 1,6 / Marktwirtschaft: 3,3)		4,9	Ergebnis Management-Index		4,3
Politisches System	Autokratie		Bevölkerungsgröße	9,6 Mio.	
Wahlbeteiligung	91,5 % (Parlamentswahl 1999)		BIP p. c. (\$, PPP)	6.390	
Frauenanteil im Parlament	11,5 %		Arbeitslosenquote	15,6 %	
Bevölkerungswachstum^a	2,0 %		HDI	0,740	
Größte ethnische Minderheit	0,97 %		UN-Education Index	0,73	
			Gini-Index	41,7 (1995)	
Angaben, wenn nicht anders angegeben, für das Jahr 2001. ^{a)} jährliches Wachstum zw. 1975-2001. Quellen u. a.: UN Human Development Report 2003.					

1. Einleitung

Der Bewertungszeitraum dieses Gutachtens deckt sich nicht mit politischen Einschnitten oder Kurswechselln. Der amtierende Präsident Zine el-Abidine Ben Ali übernahm bereits am 7. November 1987 die Macht. Wechsel an der Spitze der technokratischen Regierungsmannschaft (zuletzt Ernennung des Wirtschaftsexperten Mohamed Ghannouchi zum Premier am 17. November 1999) ergaben sich seither in erster Linie aus Opportunitätsgründen mit Blick auf die forcierte marktwirtschaftliche Transformation. Der Beginn der Untersuchungsperiode fällt mit dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der EU zusammen (1. März 1998), das bis 2010 die komplette wechselseitige Handelsliberalisierung bei Industriegütern vorsieht.

Das Gutachten konstatiert zum Stand der demokratischen Transformation während der letzten fünf Jahre Stagnation insofern, als eine demokratische Transformation bislang weder intendiert war, noch als „Nebenprodukt“ sozioökonomischer Entwicklung Fortschritte machte. Die unbestreitbaren sozioökonomischen Entwicklungserfolge und das in weiten Teilen der Bevölkerung geschätzte modernistische Regierungsprojekt haben indes eher zur Verfestigung des autoritären Regimes beigetragen. In Bezug auf die marktwirtschaftliche Transformation wurden hingegen deutliche Fortschritte erzielt.

Das bereits mittlere Ausgangsniveau wirtschaftlicher Freiheit und das (bis 2001) günstige sozioökonomische Umfeld schmälern in diesem Bereich den Managementenerfolg nicht. Angesichts des Assoziierungsabkommens mit der EU stehen die

Entscheidungsträger auch in Zukunft unter Zugzwang, die vorhandene Markt- und Wettbewerbsordnung weiter zu modernisieren und die Nachhaltigkeit der ökonomischen Entwicklung zu sichern.

2. Transformationsgeschichte und -charakteristika

Nach der Unabhängigkeit Tunesiens (20. März 1956) errichtete die Unabhängigkeitsbewegung Parti du Néo-Destour unter Führung des charismatischen Habib Bourguiba (1957 bis 1987) ein mobilisierendes nachkoloniales Einparteienregime. Seit dem Regierungsantritt des bis heute amtierenden Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali (7. November 1987) stellt die Transformation hin zur Demokratie einen zentralen normativen Bezugspunkt des staatlichen Diskurses dar.

Seit Ende der 80er Jahre ermöglichte die Zulassung einer Reihe von (Kleinst-) Parteien ohne effektive Verankerung in der Bevölkerung sowie die Reform des Wahlsystems die formal-pluralistische Zusammensetzung des Parlaments. Bislang wurde jedoch weder das autoritäre, auf den Präsidenten zugeschnittene Verfassungsgefüge noch die Rolle der hegemonialen Staatspartei Rassemblement Constitutionnel Démocratique/RCD beschnitten. Die ungünstige Menschenrechtslage stagniert seit Beginn der 90er Jahre. Hervorzuheben sind bis heute Übergriffe gegen kritische Journalisten, Menschenrechtsverbände sowie Oppositionspolitiker, die sich dem staatlicherseits verordneten „nationalen Konsens“ zu entziehen versuchen.

In der Wirtschaftsentwicklung dominierte in den 50er und 60er Jahren eine Strategie der staatlich induzierten Industrialisierung zur Importsubstitution bei weitgehend abgeschotteten Märkten. Die Einbindung in den Weltmarkt erfolgte zu jener Zeit in erster Linie über Rohstoffexporte (Phosphat, in geringen Mengen Erdöl und Erdgas).

Nach dem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel zu Beginn der 70er Jahre vollzog sich die *marktwirtschaftliche Transformation* Tunesiens zum industriellen Schwellenland bis in den Untersuchungszeitraum unter Ausnutzung der komparativen Vorteile des Landes, das heißt insbesondere der Nähe zu den europäischen Haupthandelspartnern, einer zunehmend diversifizierten verarbeitenden Industrie, einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft bei zugleich niedrigen Arbeitskosten sowie der gezielten In-Wert-Setzung der (touristisch nutzbaren) Schönheiten des

Landes. Die staatlichen Entwicklungspläne legen dabei bis heute allgemeine Entwicklungsvorgaben und Schwerpunkte staatlicher Investitionen fest.

Nach der Finanzkrise Mitte der 80er Jahre verpflichtete sich Tunesien im Strukturanpassungsprogramm (1987 bis 1991) unter anderem zur weit gehenden Liberalisierung des Außenhandels, zur Privatisierung von Staatsbetrieben, zur Abwertung der Landeswährung Dinar und zur Schaffung eines besseren Investitionsklimas zur Steigerung der (Industrie-)Exporte. Dieser Kurs kulminierte im Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union (1995), das den sukzessiven, vollständigen Abbau der wechselseitigen Handelshemmnisse für Industrieprodukte bis zum Jahr 2010 vorsieht. Die investorenfreundliche Gesetzgebung ermöglichte in den letzten Jahren die fortgesetzte, am Weltmarkt orientierte Diversifizierung der Angebotspalette vor allem im Bereich der verarbeitenden Industrie (Textil, Leder, Elektronikzeugnisse).

Vor dem Hintergrund des Freihandelsabkommens zielt seit 1996 ein umfassendes Modernisierungsprogramm (*mise à niveau*) auf die deutliche Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der tunesischen Wirtschaft. Flankierend sollen der Aufbau eines Sozialstaats, Transferleistungen an bedürftige Familien und eine aktive Arbeitsmarktpolitik die sozialen Verwerfungen abfedern. 2002 erlitt das tunesische Wirtschaftswachstum einen deutlichen Einbruch. Die Wachstumsdelle resultierte aus den kumulierten Einflüssen der mehrjährigen Dürre, der Wachstumsschwäche in Europa, den Folgen des 11. September 2001 und des Terroranschlags auf Djerba. Angesichts der momentanen Wachstumsschwäche und der Terminvorgaben des Assoziierungsabkommens mit der EU wird das staatliche Management bei der marktwirtschaftlichen Transformation in den kommenden Jahren vor der eigentlichen Bewährungsprobe stehen.

3. Prüfung der Kriterien zu Demokratie und Marktwirtschaft

3.1. Demokratie

Tunesien hat bislang keinen effektiven Systemwechsel hin zu einer voll entwickelten Demokratie vollzogen. Dieser Befund gilt ungeachtet einer Reihe von formalen Reformmaßnahmen, die seit dem Regierungsantritt des heutigen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali insbesondere in den Bereichen politische Repräsentation und Rechtsstaatlichkeit vorgenommen wurden.

3.1.1. Politische Ordnung

(1) *Staatlichkeit*: In Tunesien bestehen keine Staatlichkeitsprobleme. Das staatliche Gewaltmonopol ist ohne Einschränkungen gegeben. Definition und Zugehörigkeit zum Staatsvolk sind politisch unstrittig. Alle Bürger besitzen das gleiche Staatsbürgerrecht. Der Islam ist Staatsreligion, der politische Prozess ist jedoch weitgehend säkularisiert. Die (zahlenmäßig geringen) christlichen und jüdischen Minderheiten genießen Religionsfreiheit. Ein leistungsfähiges Verwaltungssystem, öffentliche Sicherheit und Ordnung sind gewährleistet.

(2) *Politische Partizipation*: Das universelle, aktive und passive Wahlrecht ist wirksam. Die geplante Einführung einer zweiten, teils indirekt gewählten, teils vom Präsidenten ernannten Parlamentskammer schränkt das Demokratiekriterium der direkten Wahl ein. Pluralistische Wahlen sind formal als Modus der Herrschaftsbesetzung akzeptiert. Die Hegemonie des Staatspräsidenten und der Staatspartei RCD, die mangelnde Pressefreiheit sowie Wahlmanipulationen zu Gunsten von RCD-Kandidaten und „wohlgelittenen“ Oppositionskandidaten verhindern bislang kompetitive Wahlen. Der Präsident übt im Verbund mit der Regierung und Teilen der Staatspartei RCD die effektive Regierungsgewalt aus.

Herrschaftsrelevante Oppositionsparteien sind verboten. Die selektiv legalisierten Oppositionsparteien verfügen über keinen Massenanhang und sind teilweise von der Regierung unterwandert. Sie werden staatlich alimentiert und unterliegen bei Äußerung von Kritik periodischen Behinderungen. Unabhängige politische und zivilgesellschaftliche Gruppen können sich in Tunesien nur bilden, wenn sie nicht regimiekritisch sind. Die Medien unterliegen trotz einer jüngst verkündeten Liberalisierung enger Kontrolle und (teilweise Selbst-)Zensur. Ansätze einer unabhängigeren Berichterstattung werden mit Behinderungen bis hin zu wirtschaftlicher Strangulierung geahndet.

(3) *Rechtsstaatlichkeit*: Die formale und faktische Dominanz der Exekutive, die parlamentarische Mehrheit der Staatspartei RCD (seit 1999: 81 Prozent der Mandate), die zweite, teils indirekt gewählte, teils ernannte Parlamentskammer sowie die Hegemonie des Präsidenten im politischen Leben schließen eine effektive Gewaltenteilung aus. Die tunesische Justiz ist institutionell ausdifferenziert und leistungsfähig. Insbesondere in Bezug auf Wirtschaftsfragen und Eigentumsrechte erhält die tunesische Justiz nach internationalen Ratings im afrikanischen Kontext hervorragende Beurteilungen. Trotz ihrer formalen Unabhängigkeit ist die Justiz de facto nicht vor politischer Einflussnahme geschützt. Die Richter werden vom

Präsidenten ernannt. Die Verfassungsgerichtsbarkeit kann daher keine selbständige Normenauslegung und -kontrolle vornehmen. Strafrichter müssen insbesondere in Bezug auf „politische Verfahren“ (zum Beispiel gegen Dissidenten) als abhängig gegenüber politischen Vorgaben gelten.

Es besteht eine Anti-Korruptionsgesetzgebung. Korruption wird vereinzelt exemplarisch verfolgt und dabei kampagnenartig angeprangert. Dennoch häufen sich in westlichen Medien Berichte über Fälle von Korruption durch höchste Regierungsangehörige und deren Familien. Die bürgerlichen Freiheiten sind formal in Verfassung und Gesetz verankert; die Regierung stellt sich in der Öffentlichkeit als Sachwalter des Menschenrechtsschutzes dar. In der Praxis werden die Menschenrechte von Oppositionellen, von unabhängigen Menschenrechtlern und kritischen Journalisten regelmäßig verletzt. Menschenrechtsverletzungen nehmen vor allem die Form von Einschüchterungen, Repressionen und im Strafmaß überzogenen Urteilen auch für kleine „Vergehen“ an. Die Regierung reagiert im Menschenrechtsbereich flexibel auf internationalen Druck.

3.1.2. Politische Einstellungs- und Verhaltensmuster

(1) *Institutionelle Stabilität:* Aufgrund des autokratischen Charakters der politischen Institutionen in Tunesien sind die Fragen nach der Stabilität und der Akzeptanz der „demokratischen Institutionen“ durch die relevanten Akteure im Sinne des Untersuchungsansatzes nicht sinnvoll zu beantworten.

(2) *Politische und gesellschaftliche Integration:* Aufgrund des „Alibi-Charakters“ der staatlich alimentierten legalen Opposition ist die Frage nach der Artikulation durch ein stabiles, moderates und gesellschaftlich verankertes Parteiensystem im Sinne des Untersuchungsansatzes nicht sinnvoll zu beantworten. Als funktionales Äquivalent zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und politischem System dient heute recht erfolgreich die Staatspartei RCD. Diese wurde seit dem Ende der 80er Jahre organisatorisch weiter ausgefächert und dabei kontinuierlich personell verjüngt.

Der RCD garantiert über interne Quotenregelungen eine breite Einbindung der Frauen in den politischen Prozess. Auch durch die einflussreichen Frauenverbände hat sich die Regierung effektiv als Anwalt der Frauenrechte und als Sachwalter eines „modernistischen Projekts“ gegenüber konservativ-religiösen (jedoch politisch nicht organisierten) Strömungen in der Gesellschaft etabliert. Darüber hinaus

verfügt Tunesien traditionell über ein dicht gewobenes Netz von – staatlich kontrollierten – Interessengruppen. Das Beispiel des Menschenrechtsbereichs unterstreicht die Strategie der Regierung, im zivilgesellschaftlichen Bereich eine Konkurrenz zu entsprechenden illegal operierenden Gruppen zu bilden.

Im Konzert mit dem Arbeitgeberverband sind die traditionell mitgliederstarken Gewerkschaften Teil eines informellen autoritär-korporatistischen Arrangements. Dieses Arrangement ermöglicht in Grenzen eine effektive Interessenartikulation und -aggregation. Periodische (alle drei Jahre) und zentral dirigierte Tarifverhandlungen unter der Ägide des Staates garantieren bislang eine maßvolle kontinuierliche Anhebung vor allem der unteren Lohngruppen. Interessengegensätze werden dabei jedoch nicht offen oder gar konflikthaft ausgetragen. Das Streikrecht ist offiziell gewährt, wird jedoch seit den 80er Jahren de facto nicht mehr als Mittel politischer Auseinandersetzung angewandt.

Auf einer allgemeinen, diffusen Ebene dürfte sich die „westliche Demokratie“ großer Wertschätzung erfreuen. Unter den gegebenen Bedingungen des tunesischen politischen Systems ist der Grad der Zustimmung der Bevölkerung zu demokratischen Normen und Verfahren jedoch kaum objektiv nachzuhalten. Die Abwesenheit ethnisch-religiöser Konflikte, die ausgesprochene Kultur der Toleranz auch gegenüber religiösen Minderheiten (Juden, Christen) und die wirtschaftliche und kulturelle Homogenität sind theoretisch als förderlich in Bezug auf das Sozialkapital anzusehen. Angesichts der autoritären innergesellschaftlichen Beziehungen und ohne demokratische Vorerfahrungen besteht jedoch bislang insgesamt keine der Demokratie zuträgliche politische Kultur.

Eine freie Selbstorganisation der Zivilgesellschaft außerhalb der Sphäre der Staatspartei wird tendenziell als Bedrohung des staatlichen Kontrollanspruches wahrgenommen. Zugleich kollidiert der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen mit der gesellschaftlichen Tendenz, Verbindungen eher entlang verwandtschaftlicher beziehungsweise klientelistischer Beziehungen zu schließen.

3.2. Marktwirtschaft

Aufbauend auf den Weichenstellungen der vergangenen Jahrzehnte hat die tunesische Regierung im Untersuchungszeitraum die marktwirtschaftlichen Reformen konsequent und teilweise beschleunigt vorangetrieben. Deutliche Transformationsdefizite bestehen noch in Bezug auf Rechtssicherheit, die Privatisierung von

Staatsbetrieben, die Reform der Verwaltung und des Bankensektors, die Unternehmensgesetzgebung sowie bei der Liberalisierung des Außenhandels.

3.2.1. Sozioökonomisches Entwicklungsniveau

Die zentralen Indikatoren weisen ein mittleres Entwicklungsniveau aus. Der absolut und relativ steigende Entwicklungsstand des Landes (HDI 2001: 0,740/Rang 91; 2000: 0,722/Rang 97; 1998: 0,703/Rang 101) ermöglicht mehr und mehr Bürgern die „freedom of choice“. Soziale Exklusion durch Armut, Bildung oder geschlechterspezifische Diskriminierungen besteht fort; sie ist jedoch im Untersuchungszeitraum durch ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen, gezielte Transferleistungen der Regierung zugunsten Unterprivilegierter, dank des Zugangs auch ärmerer Schichten zu Bildung sowie aufgrund der aktiven Frauenförderung der Regierung weiter gesunken.

Über den Beobachtungszeitraum hinweg ist es Tunesien gelungen, die im Regionalkontext bereits moderaten sozialen Disparitäten sowie eine niedrige Armutsquote zu bewahren beziehungsweise diese weiter zu verringern. Der Staat betreibt gezielt die Förderung schwach entwickelter Regionen. Diese Politik konnte bislang jedoch nur unwesentlich die vorhandenen Entwicklungsungleichgewichte verringern.

3.2.2. Markt und Wettbewerb

Die Grundlagen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs sind in Tunesien im innerregionalen Vergleich in vorbildlicher Weise gewahrt. Dennoch belegte das Land absolut gesehen im Jahr 2000 nach dem „Index wirtschaftlicher Freiheit“ der Heritage Foundation mit dem Indexwert 2,9 lediglich den 63. Rang (Kategorie „mostly free“). So ist die nach wie vor hohe Regulierungsdichte und der starke Protektionismus (unter anderem Importlizenzen, Kontingentierungen) zu beklagen. Als strukturell reformhemmend erweist sich hier die weiterhin starke Bedeutung der Außenhandelszölle für das Steueraufkommen. Das Steuersystem befindet sich im Umbau. Die Preisbildung ist zu 90 Prozent frei. Ausländischen Investoren werden freie Gewinnverwendung und -transfers sowie deutliche Steuer- und Zollvergünstigungen eingeräumt. Die Konvertibilität des tunesischen Dinar ist im Außenhandel und für Gewinntransfers (Investoren) gegeben.

Es zeichnet sich die Gefahr von Monopol- und Oligopolbildungen durch eine Reihe mächtiger Familienclans ab. Die Restrukturierung des immer noch stark politisch regulierten und unterkapitalisierten Banken- und Finanzsystems wurde im Untersuchungszeitraum gesetzlich und durch zwei Großfusionen mehrerer staatlicher Banken weitergeführt. Gleichwohl bleibt die Leistungsfähigkeit des Bankensektors durch die Verwaltung und „non-performing loans“ belastet. Aus einer verbreiteten Rentenmentalität fördern die Banken zudem durch entsprechende Kredite den Kapitalabfluss in den kurzfristig profitableren Dienstleistungssektor. Dies erweist sich zunehmend als entwicklungshemmend bei der strukturellen Modernisierung der tunesischen Wirtschaft.

3.2.3. Währungs- und Preisstabilität

Inflationskontrolle und angemessene Wechselkurspolitik sind ein anerkannter und effektiv umgesetzter Teil des Regierungshandelns. Die Zentralbank ist gleichwohl nicht unabhängig. Die absolute Höhe und Schwankungen der Inflationsrate (1998 bis 2002 durchschnittlich unter 3 Prozent) sowie Budgetdefizite blieben im Untersuchungszeitraum moderat. Die absolute Auslandsverschuldung und der Schuldendienst stagnieren trotz günstiger Schuldenstruktur (mehr langfristige Kredite) auf relativ hohem Niveau.

3.2.4. Privateigentum

„Property rights“ sind nicht vollständig gesichert. Der Erwerb von Land ist Ausländern untersagt; Dauerpacht ist jedoch möglich. Privatwirtschaftliche Unternehmen können im Prinzip frei agieren, finden jedoch ökonomische und politische Barrieren für ihre Betätigung vor. Die Privatisierung vorhandener Staatsunternehmen kam im Bewertungszeitraum verstärkt voran. Dennoch besitzen Staatsunternehmen immer noch eine bedeutende wirtschaftliche Stellung. Die Regulierungsdichte der Volkswirtschaft liegt weiterhin hoch.

3.2.5. Welfare Regime

Die bestehenden Systeme der sozialen Sicherung zur Gewährleistung einer Grundsicherung weisen gegenüber OECD-Standard deutliche Lücken auf, sind jedoch für ein Schwellenland recht gut ausgebaut. Alle Bürger genießen kostenlo-

se ambulante medizinische Grundversorgung in Krankenstationen. Für offizielle Arbeitsverhältnisse besteht Sozialversicherungspflicht. Diese erfasst 2002 circa 85 Prozent der Bevölkerung und deckt über die medizinische Grundversorgung hinaus unter anderem Mutterschutz, nicht jedoch stationäre Pflege oder den Besuch in Arztpraxen ab. Angesichts der wachsenden Mittelschicht gewinnen private Anbieter in der Krankenpflege rapide an Bedeutung. Rentenansprüche ergeben sich aus einer Anstellung beim Staat.

Der Staat bietet darüber hinaus Transferleistungen wie Direkthilfen an bedürftige Familien, die Sanierung von Armutsquartieren; er fördert über zinsgünstige Kredite privates Wohneigentum sowie die Gründung von Kleinunternehmen. Wachstumsinduziert ist es zwischen 1998 und 2002 kaum gelungen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Dank der aktiven Arbeitsmarktpolitik konnte die Arbeitslosigkeit jedoch seit 1998 bei circa 15 Prozent stabilisiert werden. Private Solidaritätsnetze bleiben für die individuelle Absicherung wichtig.

Chancengleichheit und der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sind in der gering segmentierten Gesellschaft prinzipiell gegeben. Fördermechanismen für Frauen, Behinderte oder sozial Schwache existieren insbesondere im Bildungsbereich. Frauen haben in etwa gleichen Zugang zu sekundärer und tertiärer Bildung, sind jedoch beim Einkommen und öffentlichen Ämtern benachteiligt. Die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Frauen wurde jüngst durch Reformen des Familienrechts verringert.

3.2.6. Leistungsstärke

Tunesien wies seit Beginn der 90er Jahre und speziell im Bewertungszeitraum ein recht hohes Wirtschaftswachstum auf (1991 bis 2001 durchschnittlich 4,9 Prozent; 1998 bis 2001 durchschnittlich 5,2 Prozent). Dieses Wachstum basiert auf der mittels Auslandsinvestitionen erfolgreich diversifizierten verarbeitenden Industrie bei gleichzeitiger Liberalisierung des Handels. Haushaltsdefizite und Inflation blieben im Bewertungszeitraum gering und die Verschuldung handhabbar.

In der Summe nützt die Regierung das vorhandene Wachstumspotenzial gut aus: die Nähe zu den europäischen Märkten, das hohe Bildungsniveau, die niedrigen Arbeitslöhne und die touristisch erschließbaren Schönheiten des Landes. Die Wachstumsdelle 2002 (1,9 Prozent Wachstum) belegt die Anfälligkeit der Wirtschaft gegenüber klimatischen Unbilden (Dürre), der Wachstumsschwäche in Eu-

ropa und dem Ausbleiben von Touristen. Als strukturell kritisch sind weiterhin die hohe Sockelarbeitslosigkeit, die stagnierenden Exporte, der tendenziell steigende Schuldendienst und die Schwäche der privaten Investitionen anzusehen.

3.2.7. Nachhaltigkeit

Das Umweltbewusstsein der Entscheidungsträger ist in den letzten Jahren im öffentlichen Diskurs deutlich gewachsen. Institutionell ist der Umweltschutz seit 1992 durch die Einrichtung eines mit substanziellen Budgetmitteln ausgestatteten Umweltministeriums verankert. Neubauten, auch im Tourismussektor, unterliegen relativ strengen Umweltauflagen. Tendenziell werden Umweltbelange aber weiterhin Wachstumsüberlegungen nachgeordnet.

Die Bildungsausgaben des Staates betragen Ende der 90er Jahre im weltweiten Vergleich hervorragende 7,7 Prozent des BSP beziehungsweise 19,9 Prozent des Budgets. Tunesien verfügt über ein beachtliches staatliches System der Primär- und Sekundärbildung. Es bestehen weiterhin deutliche Mängel in der Berufsorientierung der Absolventen staatlicher Universitäten. Private Universitäten werden zunehmend gegründet. Ein System der dualen Berufsausbildung befindet sich im Aufbau. Die durchschnittlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen 1990 bis 2000 im Mittel 0,3 Prozent des BSP und sind damit international nicht konkurrenzfähig.

4. Zurückgelegte Wegstrecke

(1) *Politische Ordnung:* Bereits vor der Untersuchungsperiode waren die Leistungsindikatoren staatliches Gewaltmonopol, Einigkeit über die Zugehörigkeit zum Staatsvolk, leistungsfähiges Verwaltungssystem, Arbeitsfähigkeit der Gerichte, „effektive Regierungsgewalt“ der Autoritäten und öffentliche Sicherheit und Ordnung voll gewährleistet. Sie wurden im Untersuchungszeitraum erhalten. In Bezug auf politische Partizipation und Rechtsstaatlichkeit ergab sich im Untersuchungszeitraum eine Reihe von Maßnahmen unter anderem zum besseren Schutz der Menschenrechte. In der Summe wurde das autoritäre Regime jedoch weiter stabilisiert.

Eine Verfassungs- und Wahlgesetzänderung von 2002 erlaubt es dem Präsidenten 2004 für ein (bislang verfassungsmäßig untersagtes) viertes Mandat zu kandidie-

ren. Ebenfalls seit 2002 sieht die Verfassung die Einrichtung einer mit weitgehenden Kompetenzen ausgestatteten zweiten Parlamentskammer vor, die zu zwei Dritteln indirekt gewählt und zu einem Drittel vom Präsidenten ernannt werden wird.

Mangels Demokratisierung erübrigt sich die Frage nach Veränderungen der Leistungsfähigkeit und Akzeptanz der „demokratischen Institutionen“ sowie der Stabilität und Verankerung von politischen Parteien. Hinsichtlich der Leistungsindikatoren Wahlen, wechselseitige Kontrolle und Kompetenzabgrenzung von Regierung, Parlament und Judikative, Organisationsfreiheit, Menschenrechte, freie Meinungsäußerung und Unabhängigkeit der Justiz verschärfte sich (zum Teil über ausländische Medien) die innenpolitische Diskussion, ohne dass sich substantielle Verbesserungen ergaben.

Die kooperations- und konsensorientierten Interaktionsmuster der Verbände von Arbeit und Kapital blieben im Bewertungszeitraum bestehen. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Stagnation stellten sich die Tarifverhandlungen 2002 jedoch als langwierig heraus. Die Vertretung von Frauen in den Entscheidungsgremien des RCD und den Kommunalparlamenten wurde seit 1998 deutlich verbessert.

(2) *Marktwirtschaft*: Die offiziellen, nicht unbedingt verlässlichen Entwicklungsindikatoren belegen für die Untersuchungsperiode eine leichte Verbesserung des bestehenden mittleren Entwicklungsstandes. Staatliche Transferzahlungen führten nach nationalen Angaben zur Reduzierung der absoluten Armut.

Entwicklung sozioökonomischer Modernisierungsindikatoren

	HDI	GDI	GDP-Index	UN-Education Index	Politische Repräsentation von Frauen ^a	BIP p.c. (\$, PPP)
1998	0,703	0,688	0,67	0,70	6,7	5.404
2000	0,722	0,709	0,69	0,72	11,5	6.363

^a Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament in % nach den Parlamentswahlen 1994 bzw. 1999.

Quellen: UNDP, Human Development Report, 2000, 2002, <<http://undp.org/hdr2000.english/FAQs.html>>, <<http://undp.org/reports/global/2002>> [accessed 05/02/2003]

Die institutionellen Rahmenbedingungen marktwirtschaftlichen Handelns haben sich verbessert. Insbesondere gewannen die Reformdynamik bei der Privatisierung von Staatsbetrieben, der Schaffung von Anreizen (für ausländische Investo-

ren) und der aktiven Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Zeit vor dem Bewertungszeitraum deutlich an Dynamik. Im Bewertungszeitraum belegten die makroökonomischen Daten bis 2001 einen robusten Aufschwung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dieses günstige Umfeld stellt die unabwiesbaren Erfolge der staatlichen Entwicklungspolitik nicht in Frage. Die verbliebenen Defizite der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung und die Wachstumsdelle 2002 unterstreichen jedoch die Notwendigkeit weiterer entschlossener Reformen.

Entwicklung der makroökonomischen Grunddaten (1998 bis 2002)

	1998	1999	2000	2001	2002
Wachstum des BIP in %	4,8	6,1	4,7	5,2	1,9
Außenhandel					
Exportwachstum in %	6,0	6,9	14,9	18,7	1,5
Importwachstum in %	7,9	6,0	16,6	16,7	-1,4
Inflation in % (CPI)	n.a.	2,7	2,9	1,8	2,9
Arbeitslosigkeit in %	15,7 ^a	15,8	15,6	15,0	14,9
Haushaltsdefizit in % des BIP	n.	-3,5	-2,4	-3,3	n. a.
Leistungsbilanz in Mrd. \$	n. a.	-0,442	-0,821	-0,863	n. a.

^a 1997.

Quellen: Angaben für 1998-2001: Institut National de la Statistique (Tunis) <<http://www.ins.nat.tn/>> [accessed 06/02/03], außer: Haushaltsdefizit, Leistungsbilanz, Inflation: F.A.Z.-Institut. Angaben für gesamt 2002: Jeune Afrique Nr. 2174, 9.-15.9.02 und Nr. 2187, 8.-14.12.02

5. Bewertung des Transformationsmanagements

5.1. Schwierigkeitsgrad

Vor dem wie im Verlauf des Untersuchungszeitraums fehlte staatlicherseits der Wille zur demokratischen Transformation und der effektiven Wahrung der Menschenrechte. Eine Fülle von Faktoren bot hingegen im Untersuchungszeitraum gute Bedingungen für die Fortführung der marktwirtschaftlichen Transformation: das staatliche Gewaltmonopol, das mittlere (jedoch weiter zunehmende) wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsniveau, die gesunden makroökonomischen Rahmendaten, die bestehenden marktwirtschaftlichen Grundstrukturen, die Abwesenheit ethnisch-religiöser Konflikte, die geringe Polarisierung des Verteilungskonflikts und die effiziente Staatsadministration.

Als reformfördernd müssen auch der objektiv vorhandene Reformdruck durch das Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der EU (1. März 1998) und die äußerst günstigen konjunkturellen und weltwirtschaftlichen Bedingungen bis zum

Jahr 2001 gelten. Dem standen die traditionell dominante Position des Staates in der wirtschaftlichen Rahmenplanung, die chronische Schwäche privater Investitionen sowie die Schwerfälligkeit der Verwaltung als hemmende Faktoren entgegen. Somit ist der Schwierigkeitsgrad der sozioökonomischen Transformation für den Bewertungszeitraum als gering bis mittel einzustufen.

5.2. Zielsicherheit

In Bezug auf die politische Ordnung unternahm die Staatsführung sehr gezielte und konsistente Maßnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des autoritären Regimes sowie zur besseren Integration und Repräsentation der Gesellschaft innerhalb der Strukturen des autoritären Systems. Auch in Bezug auf die marktwirtschaftliche Transformation identifizierte die Regierung die optimalen mittel- und langfristigen Ziele und räumte diesen in ihrer Politik Vorrang gegenüber kurzfristigen Zielsetzungen ein.

Die Regierung verfolgte damit eine konsistente, kohärente und mit klaren Terminvorgaben versehene Politik. So hielt die Regierung die Inflation im Bewertungszeitraum niedrig und wahrte Budgetdisziplin. Sie begleitete im Bewertungszeitraum gesetzgeberisch konsequent die weitere Liberalisierung des Außenhandels, die Verbesserung des Investitionsklimas, die Reform des Bankenwesens (neue Gesetzgebung und Fusionen), die Förderung der Landwirtschaft und unterentwickelter Regionen; sie investierte in Infrastruktur und Bildung.

Die Regierung versuchte seit 1998 zugleich, die sozialen Kosten der marktwirtschaftlichen Transformation durch eine deutlich aktivere Arbeitsmarktpolitik (Weiterbildungsmaßnahmen, Unterstützung für Existenzgründer) abzufedern. Insgesamt muss die Reform des Bankensektors und der Verwaltung sowie die Liberalisierung des Außenhandels jedoch noch entschlossener vorangetrieben werden.

Angesichts der eingetrübten Konjunktur nach 2001 setzte die Regierung in Übereinstimmung mit dem EU-Freihandelsabkommen die Liberalisierung des Außenhandels in einzelnen Bereichen aus, in einigen Bereichen wurde sie zeitlich begrenzt zurückgefahren. Grundsätzlich gewährt die Regierung Erwartungssicherheit für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure sowie die Abstimmung der einzelnen makroökonomischen Zielvorgaben.

5.3. Effektive Ressourcennutzung

Die Regierung nutzt die verfügbaren personellen, organisatorischen Ressourcen sowie die günstigen makroökonomischen Bedingungen weitgehend effizient für die marktwirtschaftliche Transformation. Sie setzt konsequent auf die komparativen Vorteile des Landes und baut diese zum Teil weiter aus: Nähe zu den europäischen Märkten, diversifizierte verarbeitende Industrie, gut ausgebildete Facharbeiterschaft bei zugleich niedrigen Arbeitskosten, gezielte In-Wert-Setzung der touristisch nutzbaren Schönheiten des Landes.

Die Regierung konnte im Bewertungszeitraum ihre Reformziele weitgehend realisieren. Die öffentlichen Dienstleistungen, vor allem Infrastruktur, Bildung und Gesundheit sowie neu eingerichtete Initiativen sind für weitere Entwicklungsschritte in ökonomischer Hinsicht geeignet. Für einen noch effektiveren Ressourceneinsatz sind jedoch weiter gehende Reformen im Bereich der Verwaltung, der Banken und der Leistungsfähigkeit der Universitäten notwendig.

In Bezug auf die Korruptionsbekämpfung kann von einer effektiven und unparteiischen Anwendung der Gesetzgebung noch keine Rede sein. Auf einer abstrakteren Ebene setzt eine effektivere wirtschaftliche Ressourcennutzung sowohl bei Banken wie Unternehmern einen Mentalitätswandel hin zu mehr Eigeninitiative und Streben nach längerfristigen Investitionen voraus.

Obwohl die Regierung versucht, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung, etwa die Bereitschaft zur Selbstverantwortung und die Emanzipation der Frau zu fördern, kollidiert dieses Ziel mit der ausgebliebenen Öffnung im politischen Bereich. Hier lässt die Regierung implizit Ressourcen wie die Tradition der politischen Mäßigung, der Toleranz, der geringen sozialen und der Abwesenheit von ethnischen Spannungen ungenutzt. Zur sozialen Abfederung der Transformation stützt sie sich recht erfolgreich auf Traditionsbestände wie die Solidarität gegenüber sozial Schwachen (islamisches Spendengebot).

5.4. Gestaltungsfähigkeit

Die Exekutive steuert die Reformen in politisch kluger Weise. Die führenden politischen Akteure, insbesondere der Präsident nebst Vertrauten, sind schnell lern-

fähig und können gescheiterte Politiken durch innovative Ansätze ersetzen. Lernfähigkeit und Umgewichtungen bei den politischen Prioritäten schlugen sich im Untersuchungszeitraum in einer Reihe von präsidentiellen Initiativen (Umbau der Verwaltung, Umbau des Bankensektors, soziale Flankierung der wirtschaftlichen Transformation, aktive Arbeitsmarktpolitik) sowie in periodischen Regierungsumbildungen nieder.

Die Regierung verfügt über hinreichende politische Autorität zur Verwirklichung von Reformen. Politische Widerstände sind aufgrund des autoritären Regierungssystems nicht effektiv organisationsfähig. Die Reformer handeln im Wirtschaftsbereich insgesamt mit politischer Klugheit bei der Wahl von einzelnen Reformschritten, -instrumenten und -strategien.

Die Regierung verbessert durch ihre Politik recht effizient die alloкатive Effizienz der Märkte. Damit zementiert sie jedoch implizit auch weiterhin die dominierende Rolle des Staates in der Wirtschaft. Insbesondere kann sie die Schwäche der privaten Investitionen bislang nur unzureichend ausgleichen. Es steht zu befürchten, dass die alloкатive Fähigkeit der Regierung bei stagnierenden oder sich verschlechternden ökonomischen Rahmendaten, etwa aufgrund interner Reformunfähigkeit des autoritären Systems, nachlassen wird. Zugleich besteht die Gefahr, dass sich in Wirtschaft und Gesellschaft im Hinblick auf die Zukunft die Rechtsstaatlichkeit, die Eigeninitiative und die selbstregulierenden Kräfte des Marktes nicht ausreichend entwickeln können.

5.5. Konsensbildung

Alle relevanten politischen und gesellschaftlichen Akteure, einschließlich Interessenverbände und Gewerkschaften, stimmen aufgrund der bereits greifbaren Früchte des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts dem von der Regierung vorgegebenen Reformziel Marktwirtschaft zu. Übereinstimmung herrscht auch in Bezug auf das von Regierungsseite verkündete Ziel der Demokratie. Zumindest das verkündete Transformationsziel Demokratie bleibt jedoch kurz- und mittelfristig ein propagandistisches Ziel.

Der augenfällige Konsens gleicht einer Staatsideologie, die auch im Zuge der kaum als solche zu bezeichnenden „Wahlkämpfe“ der 90er Jahre nicht in Frage gestellt wurde. Aufgrund des autokratischen Charakters des politischen Systems können Oppositionsparteien oder Interessenverbände weder über parlamentari-

sche Mehrheiten noch über ihre ökonomische Macht den marktwirtschaftlichen Reformprozess blockieren. Auch partielle Kritik am Kurs der Regierung kann als Unbotmäßigkeit ausgelegt und graduell bestraft werden. Vor diesem Hintergrund plädieren die Hauptgewerkschaft UGTT und die legalisierten, sich eher im linken Spektrum verortenden Oppositionsparteien bislang lediglich (in Übereinstimmung mit präsidentiellen Direktiven) für die stärkere soziale Abfederung der wirtschaftlichen Transformation. Angesichts der ausgebliebenen Demokratisierung ist die Frage nach antidemokratischen Veto-Akteuren in Bezug auf Tunesien nicht sinnvoll zu beantworten. Dissense über Maßnahmen im Zuge der Reform innerhalb des Regimes werden autoritär über Kabinettsumbildungen und die Zuteilung beziehungsweise den Entzug von Karrierechancen innerhalb von Staatspartei und Verwaltung aufgelöst.

Ethnisch-regionalistische Spannungen, gesellschaftliche Verteilungskämpfe oder religiöse „cleavages“, die in Tunesien ohnehin bislang keine starke politische Virulenz aufweisen, finden im kontrollierten Parteiensystem keinen legalen Ausdruck. Die Regierung fördert durch gezielte Initiativen bislang jedoch recht erfolgreich die Einbindung bestimmter Gruppen (Arbeitslose, Jugendliche). Damit senkt sie effektiv die Konfliktpolarität und erweitert den konfliktlinienübergreifenden Konsens im Rahmen des autoritär-korporatistischen Interessenausgleichs.

Vereinzelt aufflackernde Unruhen, die in den letzten Jahren unter Schülern und Studenten sowie in begrenztem Umfang in den unterentwickelten Regionen des Südens auftraten, weisen jedoch auf die Grenzen dieses Integrationsmodells hin. Im Fall einer länger andauernden Wirtschaftskrise dürften stärkere soziale Spannungen insbesondere von Seiten dieser Gruppen zu erwarten sein.

Die traditionell (islamisches Spendengebot) stark gesellschaftlich verwurzelte Solidaritätsbereitschaft wird staatlicherseits durch eine Reihe von Institutionen (Nationaler Solidaritätsfonds beziehungsweise seit 1998 der Nationale Beschäftigungsfonds) gefördert und bislang relativ effizient zur sozialen Abfederung der marktwirtschaftlichen Transformation kanalisiert. Diese institutionalisierte Form gesellschaftlicher Solidarität lässt durch die Form der Interventionen – teils gehen direkte Transferleistungen an Bedürftige – in erster Linie die Regierung als „Wohltäter“ dastehen. Zugleich bestehen Hinweise darauf, dass „Spenden“ an die Fonds den Unternehmen implizit als eine nicht unerhebliche Zwangsabgabe auferlegt werden. Die Vergabe der Fondsmittel entzieht sich zugleich der demokratischen Kontrolle.

Menschenrechtsverletzungen aus der Vergangenheit wurden bislang nicht nennenswert aufgearbeitet. Im Rahmen des Verfassungsreferendums 2002 wurde dem amtierenden Präsidenten unter anderem Immunität für die – momentan noch nicht absehbare – Zeit nach seiner Präsidentschaft eingeräumt.

5.6. Internationale Zusammenarbeit

Die Verbesserungen der wirtschaftlichen Transformationsbilanz Tunesiens waren seit den 80er Jahren und im Untersuchungszeitraum im engsten Zusammenhang mit der verstärkten Kooperation mit externen Akteuren, insbesondere der EU zu sehen. Diese traditionell enge Zusammenarbeit gipfelte im EU-Assoziierungsabkommen von 1976 und im Freihandelsabkommen, das seit 1998 in Kraft ist. Für die wirtschaftliche Transformation nutzen die politischen Akteure gezielt bilaterale Kredite oder Hilfen von multilateralen Gebern, etwa der Mittelmeerinitiative der EU.

Die Rolle externer Akteure in Bezug auf die mögliche Einleitung tatsächlicher Demokratisierungsschritte ist bislang als gering zu veranschlagen. Gegenüber anderen regionalen Mächten sowie im Rahmen regionaler (unter anderem Arabische Maghreb-Union) und internationalen Organisationen (unter anderen IWF) erwies sich Tunesien als verlässlicher und kooperativer Partner. Intra-regional, also in der arabischen Welt und in Afrika hat Tunesien im Bewertungszeitraum eine Reihe bilateraler Abkommen zur sukzessiven Verwirklichung des Freihandels geschlossen.

Die Regierung wird von der internationalen Umwelt als äußerst zuverlässig und berechenbar eingestuft. Hierzu trugen unter anderem die erfolgreiche Strukturanpassung in den Jahren 1986 bis 1991, der Abschluss des Assoziationsabkommens mit der EU 1995 und die Tatsache bei, dass Tunesien noch nie umschulden musste. Im Untersuchungszeitraum unterstützte die Regierung diese Einschätzung durch eine konservative Geldpolitik, die kontinuierliche Verbesserung der Investitionsbedingungen sowie durch die Umsetzung weiterer Reformen in Bezug auf die Verwaltung sowie die Transparenz der Banken- und Unternehmensorganisation (2000: neuer Code des sociétés commerciales).

Das weiterhin steigende Vertrauen schlug sich im Untersuchungszeitraum unter anderem in den im intra-regionalen Vergleich moderaten Wechselkursaufschlägen (Black Market Exchange Rate Premium), den gestiegenen Indizes für Eigentums-

rechte sowie in den Spitzenplätzen nieder, die Tunesien im afrikanischen Vergleich zum Beispiel im African Competitiveness Report des World Economic Forum sowie in diversen risk ratings (Moody's, Standard & Poor's und COFACE) einnahm.

6. Gesamtbewertung

Dieses Gutachten kommt hinsichtlich der Ausgangsbedingungen, dem Stand und der Wegstrecke sowie der politischen Gestaltungsleistung der Akteure (Management) zu folgenden Bewertungen:

(1) *Ausgangsbedingungen*: Die Ausgangsbedingungen der Transformation waren insgesamt positiv zu bewerten. Bereits vor der Beobachtungsperiode existierten im Vergleich zu den anderen Staaten des Nahen Ostens bemerkenswert funktionsfähige marktwirtschaftliche Strukturen. Es bestand bereits ein leistungsfähiger Staat, die Nation musste nicht erst „neu erfunden“ werden. Dem stand und steht bis heute das Fehlen rechtsstaatlicher, zivilgesellschaftlicher und demokratischer Traditionen entgegen.

Dieser Befund gilt trotz des relativ engen Kontakts mit dem westlichen Ausland, des modernen Bildungssystems, der zunehmend differenzierten Gesellschaft und der Diffusion bürgerlicher und demokratischer Werte in der expandierenden Mittelschicht. Im Bewertungszeitraum bestand, wie in den Jahren zuvor, ein deutlicher Gegensatz zwischen der trotz zunehmender Korruption an Tiefe gewinnenden marktwirtschaftlichen Transformation und der ausgebliebenen demokratischen Transformation.

(2) *Stand und Wegstrecke*: In Bezug auf eine mögliche demokratische Transformation bleibt für Tunesien die weitgehende Abwesenheit der konstituierenden Elemente einer Demokratie festzustellen. Auch im Bewertungszeitraum deutete sich keine grundlegende Transformation hin zur Demokratie an. Somit erübrigt sich die Frage nach der demokratischen Konsolidierung, nach möglichen Bedrohungen der Demokratie, nach der Rechtsstaatlichkeit sowie der Unterstützung des demokratischen Systems durch die Bürger.

Bedeutend für die politische Stabilität, aber auch für die marktwirtschaftliche Transformation blieb im Untersuchungszeitraum die hohe institutionelle Effizienz des Regierungssystems, gerade auch in seinen autoritär-korporatistischen

Aspekten. Aufbauend auf dem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum blieb im Untersuchungszeitraum die effektiv geleistete gesellschaftliche Integration bemerkenswert hoch.

In Bezug auf die marktwirtschaftliche Transformation ist es den politischen Entscheidungsträgern gelungen, die makroökonomischen Indikatoren weiter günstig zu gestalten. Die Rahmenstrukturen der marktwirtschaftlichen Ordnung wurden im Bewertungszeitraum weiter aktiv verbessert. Insgesamt ist die ökonomische Transformation zur leistungsfähigen sozialen Marktwirtschaft jedoch bei weitem noch nicht abgeschlossen.

Wichtige strukturelle Transformationsdefizite verbleiben in Bezug auf Transparenz und Rechtssicherheit, die Bekämpfung der Korruption, die Verwaltungsreform, die Etablierung eines gesunden Bankensystems und Kapitalmarktes, die Reform der tunesischen Wirtschaftsverfassung, die effektive Entfesselung privater Initiative, die Liberalisierung des Handels und den sozialstaatlichen Ausbau der Marktwirtschaft. Angesichts der Wachstumskrise am Ende des Bewertungszeitraums steht für die nächsten Jahre eine Bewährungsprobe des staatlichen Managements ins Haus.

(3) *Management*: Das Fazit zur relativen Gestaltungsleistung der Akteure fällt für den Bewertungszeitraum zweiseitig aus. Die Einleitung einer demokratischen Transformation war durch die Regierung nicht intendiert. In Bezug auf den ökonomischen Transformationsprozess stellte sich die Managementstrategie der Regierung weitgehend konsequent den Herausforderungen, die vor allem aus dem Assoziationsabkommen mit der EU und der sich abzeichnenden Handelsliberalisierung für Industriegüter resultieren.

Die Managementstrategie baute dabei in Bezug auf die Bildungspolitik, die Schaffung von Investitionsanreizen, die Diversifizierung und allgemeine Modernisierung der verarbeitenden Industrie und Landwirtschaft in der Substanz wie im Reformtempo konsequent auf den bereits bemerkenswerten Vorleistungen der Vorperiode auf. Es wurde jedoch auch deutlich, dass die verbliebenen ökonomischen Transformationsdefizite – mangelnde Transparenz, Korruption, Rentenmentalität, Nepotismus, Finanzmarktreform, Bankensektor – strukturell mit dem bestehenden autoritären politischen System Tunesiens verknüpft sind.

7. Ausblick

Tunesien hat bislang keine demokratische Transformation durchlaufen. Seit dem Ende der 80er Jahre und auch im Bewertungszeitraum wurden weitere institutionelle Reformen vorgenommen, so zum Beispiel die Reform des Wahlrechts und die Einführung eines Zweikammerparlaments. Diese Maßnahmen dienten jedoch vor allem der Stabilisierung des autoritären Regimes, in einzelnen Aspekten auch der Einrichtung einer Art „Fassadendemokratie“ unterhalb der Schwelle einer demokratischen Transformation. Eine demokratische Transformation würde – mittelfristig nicht zu erwartende – grundlegende Reformen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und der Medienfreiheit, die politische Partizipation sowie die Entwicklung einer parteienbasierten politischen und gesellschaftlichen Integration voraussetzen.

In Bezug auf die marktwirtschaftliche Transformation hat Tunesien bis heute nicht den Status einer voll entwickelten Marktwirtschaft erreicht. Ausgehend von den ungünstigen Voraussetzungen zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit muss dennoch festgehalten werden, dass das Land in diesem Bereich eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen hat. Die Transformation hat sich im Bewertungszeitraum fortgesetzt, ist jedoch nicht ohne die Vorentwicklung seit den 70er Jahren denkbar.

Dieser Transformationserfolg ist wesentlich der Transformationsleistung „interner“ Akteure zu verdanken. Die mittelfristig zu lösenden Schlüsselaufgaben der marktwirtschaftlichen Reformen liegen in der Fortführung der Reformen der vorhandenen Markt- und Wettbewerbsordnung (vor allem Reform des Bankensektors und der Verwaltung), der weiteren Liberalisierung des Außenhandels, der Festigung der Rechtssicherheit, der Sicherung der Nachhaltigkeit der ökonomischen Entwicklung, in der überzeugenden Bekämpfung der Korruption sowie im Ausbau des Sozialstaats.

Die Verteilung der traditionellen Entwicklungsrisiken auf mehrere Faktoren (Klima, Weltwirtschaft, Tourismus) senkt in der Zukunft tendenziell die Risiken der marktwirtschaftlichen Reformen; der Spielraum der staatlichen Akteure wird dadurch eher größer. Die marktwirtschaftliche Transformation setzt neben institutionellen Regelungen aber auch langfristig die bessere Etablierung einer unter-

nehmerischen Mentalität voraus, die die Zukunft des Landes in der Eigeninitiative und der Etablierung dauerhaft wettbewerbsfähiger Produktionszweige sieht. Diese Entwicklung bedingt jedoch auch von Seiten der Staatsführung einen Mentalitätswandel, insbesondere die effektive Öffnung des autoritären Regimes. Zunehmende Berichte über Selbstbereicherung an den höchsten Stellen des Staates stimmen in dieser Hinsicht nicht optimistisch.